

7. XII. 1917

Die staatliche Wirtschaftspolitik. In der am 4. d. abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellen-Klubs eröffnete der Vorsitzende Herrat Mag v. S u t m a n n die Sitzung mit wirtschaftspolitischen Ausführungen, in denen er folgendes sagte: Seit unserem letzten Beisammensein hat sich ein Wechsel in der Regierung vollzogen. Wir gehören naturgemäß als politische Minorität, deren politischer Einfluß im umgekehrten Verhältnisse steht zu ihrem wirtschaftlichen Gewicht, zu einer zwar nicht immer einbelannten, aber doch allerersten Opposition einer jeden Regierung. Immerhin rechnen wir es der gegenwärtigen Regierung als hohes Verdienst an, daß sie, Irrwege der Vergangenheit vermeidend, Startnotwendigkeiten und wirtschaftliche Arbeit dem innerpolitischen und nationalen Streite voranstellte und dadurch mit Gefährdung ihres eigenen Bestandes die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wieder herstellte. Besonders warm berührte es die Industrie, daß sowohl der Ministerpräsident in seinem großzügigen, das gesamte Wirtschaftsgebiet umfassenden Programm, als auch der Finanzminister in seinem Exposé die „systematische und zielbewußte Förderung und Belebung der industriellen Produktion“ als ein Hauptziel unserer Wirtschaftspolitik bezeichneten. Bei aller Zustimmung, mit welcher die Industrie das Regierungsprogramm aufnahm, konnte sie sich eines gewissen Bedauerns nicht erwehren über das Anklagen an staatssoziale Reigungen, die sie aus einigen Worten beider Minister herauszuhören glaubte. Ich meine damit den Hinweis auf eine nicht näher umschriebene „neue zu schaffende Form staatlicher Beteiligung an wirtschaftlichen Assoziationen“. Der Staat, das Land und die Gemeinden waren bereits zur Friedenszeit stille Gesellschafter einer jeden Industrie, ohne Kapital-einlage, ohne Verlustrisiko, mit einer hohen Gewinnbeteiligung, die bei Aktiengesellschaften oft 40 Prozent von der Dividenden-summe und auch darüber betrug. Eine für den Staat vorteilhaftere Form der Beteiligung können wir uns gar nicht vorstellen. Vollends als eine Gefährdung der künftigen Gewinnbeteiligung des Staates erscheint uns der in der diesbezüglichen Äußerung des Ministerpräsidenten enthaltene Nachsatz, welcher lautet: „wobei auch eine wirklich wirksame Beaufsichtigung und gemeinwirtschaftliche Beeinflussung dieser Vereinigungen von selber sich ergeben wird.“ Wir beanspruchen dort, wo wir die volle Verantwortung und das Risiko tragen, die volle Selbständigkeit des Vermögens. Das Gelingen des industriellen Erfolges liegt in der Mäßigkeit des Anschlusses und seiner Durchführung und dies erfordert die uneingeschränkte Freiheit der Bewegung, soll nicht der erzielte Gewinn, sondern auch der Gewinnanteil des Staates, sich verringern oder ganz schwinden. Sollen mit „wirtschaftlichen Assoziationen“ Kartelle gemeint sein, so birgt ihre Interessengemeinschaft mit dem Staate doch gewisse Gefahren, nicht nur, weil der allzuenge Zusammenschluß kapitalistischer mit kapitalistischen Interessen leicht zu Gegen-sätzen mit den Interessen des Konsums führt, sondern auch mit Bezug auf den industriellen Fortschritt, der nur durch das äußerste Anspannen aller technischen und kommerziellen Fähigkeiten und Arbeitskräfte auf Grund der in ihrem Wirtschaftsgebiet gegebenen Produktions- und Absatzbedingungen gedeihen kann, ohne künstliche Forderung, ohne Verletzung in eine Treibhausatmosphäre. Dieselben Gründe lassen uns die sonst als großzügig und weitblickend anzuerkennenden Vorbereitungen der Regierung für den Übergang in die Friedenswirtschaft mit einiger Besorgnis verfolgen. Geben wir auch zu, daß das während des Krieges bezahlte, enorme Lehrgeld für staatliche Bewirtschaftung den Wunsch nach einer praktischen Verwertung der kostspielig gewonnenen Erfahrungen rechtfertigt, so steht doch zuviel auf dem Spiele, um

neue Experimente zu wagen. Eine verschiedenartige Auslegung erfährt auch die Äußerung des Ministerpräsidenten über die dem Bergbau zu gewährende freie Entfaltung, weil sie wenig im Einklang steht mit dem gleichzeitig angekündigten Rohle-n-gesetz, das die Bergbaureiheit für Kohle grundsätzlich aufhebt und durch die Einleitung der Verstaatlichung nicht nur die Betätigung des Privatunternehmers schon gegenwärtig ein-schränkt, sondern in Zukunft teilweise wohl vollkommen aus-schalten dürfte. Nach Darlegung des Regierungsprogramms erfolgt im Parlament die Behandlung des Budgets. Was die Finanzlage des Staates, die der Finanzminister mit der ihm eigenen Wahrhaftigkeit schilderte, anlangt, so erscheint uns die schwindelnde Höhe der Ziffern, abgesehen von den 41 Milliarden Kriegsschulden per Ende Juni 1917, nicht so erschreckend, wenn man von 222 Milliarden Gesamtausgaben pro 1917/18 die 16 Milliarden durch den Krieg bedingten, vorübergehenden Auslagen in Abzug bringt und für die Deckung des Defizits die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten von Produktion und Konsum des Kaiserreiches, selbstverständlich in seinem heutigen, unverletzten Bestand, ohne Abtrennung irgendeines Gebietes, in Rücksicht zieht. Das Rezept für die Regelung des Staatshaushaltes ist theoretisch ein sehr einfaches: Verminderung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen. Leider haben sich die legislativen Maßnahmen bisher weniger mit Ersparnissen, als mit Me-ß-ausgaben, darunter auch dauernden, befaßt, und wenn es auch an gutem Willen zur Besteuerung nicht fehlte, so war doch das hierbei angewandte System mehr auf den momentan erzielbaren Höchstbetrag bedacht, als auf die Sicherung dauernder, künftig steigender Einnahmen durch Vorkehrungen für die Erhaltung und Kräftigung der Steuerquellen. Hierbei ist es naturgemäß, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses in pflichtgemäßer Wahrung der Interessen der von ihr zu vertretenden Be-völkerung, die das größere Maß an Opferwilligkeit mit Vor-lichte der politisch schwächeren Minorität der Staatsangehörigen zubilligt. Und doch widerspricht es dem demokratischen Geiste der Zeit, gleichen Rechten für alle eine Ungleichheit der Pflichten gegenüberzustellen und mit direkten, resp. indirekten Steuern vorzugsweise Industrie, Handel und Gewerbe, beziehungsweise die Stadtbevölkerung und die Industriearbeiter zu belasten, um so mehr, als die Deckung unserer Verbind-lichkeiten die gleichmäßige, wenn auch im Verhältnis zur Tragkraft progressive Heranziehung Mann für Mann der Gesamtbevölkerung erfordert. Mit Bezugnahme auf künftige Staatsausgaben wollen wir nicht bei einer Ersparnispost vorübergehen, die uns, wenn auch in unbestimmter Ferne, von autoritativer Seite in Aussicht gestellt wurde. Es ist eine Post, die uns vom Grafen Czernin verkündet wurde, ein Friedenszeitalter verheißend, eine Post, die durch allmähliche Herabsetzung der Rüstungen aller Staaten sich dadurch verviel-fältigt, daß sie nicht nur eine Ersparnis darstellt an ins-tensivsten anwachsenden baren Auslagen, nicht nur die Ein-schränkung des Bergendens von Werten und Kräften für An-lagen, die unverzinslich sind und gleichzeitig den Notenumlauf vermehren, sondern den alljährlichen Zuwachs von Hundert-ausenden von Menschenhänden, von vielen Tausenden Waggons von Rohstoffen, von Millionen Kronen für Anlage- und Be-ziebskapitalien, zur produktiven Arbeit und für die Schaffung von dem Staate und der Allgemeinheit nutzbringenden Werken.

(weiterer Beifall.)